

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

N. 444.

Morgenblatt. Dienstag, den 25. September.

1866.

Geneigte Bestellungen auf die „Stettiner Zeitung“ für das 4. Quartal wolle man auswärts bei der nächsten Postanstalt möglichst frühzeitig machen. Der Pränumerationspreis beträgt bei allen Postanstalten in Preußen und Deutschland 1 Thlr. 5 Sgr.

Ueber das Verhältniß der Kreise Schivelbein und Dramburg zu Pommern und der Neumark.

Es soll und kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein, gleichsam endgültig festzustellen, auf welchem Wege und in welcher Weise eine vollständige Abwicklung der vorliegenden Angelegenheit zu erreichen ist. Indem wir jedoch die verschiedenen Gesichtspunkte zu beleuchten, die allgemeine Theilnahme anzuregen, die Vorteile und Nachtheile zu erwägen versuchen, glauben wir uns bei den Belehrten einigen Dank zu verdienen und auch den Nichtinteressirten mit unseren Ausführungen nicht unwillkommen sein.

Die Kreise Schivelbein und Dramburg, die bis zum Jahre 1815 zu Frankfurt (Tüstrin) gehörten, wurden durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 30. April 1815 in administrativer Hinsicht mit Pommern vereinigt, während sie in ständischer Beziehung nach wie vor der Neumark verblieben. Sie stehen unter Leitung der Regierung und des Appellationsgerichts zu Coeslin und der General-Kommission für Pommern zu Stargard, senden dagegen ihre ständischen Abgeordneten zum Kommunal-Landtag der Neumark nach Küstrin und zum Provinzial-Landtag der Provinz Brandenburg nach Berlin.

Namentlich sind es folgende Angelegenheiten, bei denen die ganze Neumark, also auch die beiden genannten Kreise interessiren.

Die Neumark besitzt in Küstrin ein sehr geräumiges Ständehaus, in dem die Deputirten der Ritterschaft während der Dauer des Kommunal-Landtages kostenfreies Unterkommen finden. Dieses Ständehaus wird bedeutende Mietsherrn ab, aus denen im Verein mit dem bisher eingekommenen Hufen- und Giebel-Schoß sich in der ständischen Landspesen-Kasse ein bedeutender Fonds gebildet hat. Er dient zur Besteitung der Gehälter der ständischen Beamten und zur Deckung der Diäten und Reisekosten der Deputirten.

Für die Städte der Neumark existiert ein durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 23. Juni 1814 gestifteter Städte-Unterstützungsfond, aus dem hülfsbedürftige Stadt-Gemeinden unterstützt werden.

Die Land-Feuer-Sozietät der Neumark hat bedeutende Kapitalien zu einem besonderen Fonds angesammelt, wodurch den Abgebrannten augenblickliche Hülfe gewährt werden kann und nicht erst die Ausschreibung und Einziehung der Beiträge abgewartet werden darf.

Ferner besteht in der Neumark die von Schöning'sche Stiftung (mehrere große Rittergüter und Forsten umfassend) zur Unterstützung hülfsbedürftiger adeliger Rittergutsbesitzer, denen zinsfreie Kapitalien dargeleistet werden. Die Neumark hat ihren besonderen landschaftlichen Kredit-Verband, dessen Tarprinzipien wesentlich andere sind, wie die der pommerschen Landschaft.

Vor Allem ist es aber die Abwicklung der neumärkischen Provinzial-Kriegsschulden, zu der auch die Kreise Schivelbein und Dramburg beitragen müssen, welche die Interessen dieser Kreise an die der Neumark kettet. Noch im Jahre 1863 hat der Schivelbeiner Kreis 1240 Thlr. Kriegsschuldenbeiträge zahlen müssen.

Die Verschiedenheit der Begrenzung in administrativer und ständischer Hinsicht hat mancherlei Nebelstände im Gefolge. Die beiden Kreise, deren geographische Lage sie dringt, auch an den provinziellen und kommunalen Angelegenheiten Pommerns Theil zu nehmen, sind auf dem Provinzial-Landtag in Stettin ohne Vertretung. Auf diesem Provinzial-Landtag kommen die Rechnungen des Landeshauses zu Neustettin, der Irrenanstalt zu Rügenwalde, sowie alle, diese Gegenstände betreffende Angelegenheiten zur Vorlage und Berathung. Es wird dort über den Provinzial-Bau-Fonds von Pommern verhandelt und beschlossen, es werden die Bezirks-Kommissionen zur Begutachtung der Revisionen gegen die Einschätzung der Einkommen-, Grunds- und Gebäudesteuer gewählt. Von diesem Allen werden auch die Interessen der Kreise Schivelbein und Dramburg auf das Wesentlichste berührt, ohne daß sie denselben Ausdruck und Geltung verschaffen könnten, vielmehr das hinnehmen und gutheißen müssen, was die Stände Pommerns über sie beschließen. Wie weit alle diese Angelegenheiten in die Entwicklung des Handels, der Gewerbe und der Landwirtschaft in diesen Kreisen eingreifen, bedarf wohl keines Hervorhebens.

Deutschland.

Berlin, 23. September. Die „Weser-Ztg.“ schreibt: Wer die letzten Tage in Berlin zugebracht hat, muß verbündet sein, wenn er noch an der Meinung festhält, daß es ein Kabinettskrieg sei, den wir geführt haben. Nicht der Tapferkeit unserer Krieger allein gilt der Jubel; nicht die Dankgebete für die aus den Erfahren der Schlacht und der Seuche Erretteten allein werden laut, nein, die Ziele des Krieges, die glücklich erreichten, waren in der That die Ziele unseres Volkes. Segensreich, wahrhaft produktiv und der Kultur förderlich ist der Krieg stets dann gewesen, wenn

er einen bleiernen Druck von der Seele eines Volkes hinweggenommen, die Hindernisse einer gesunden Entwicklung beseitigt und die Thatkraft erhöht hat. Und wenn je ein Krieg, so hat der letzte diesen Erfolg gehabt. Unser Staat war stark, stark bis ins Mark. Die unselige Stiftung, die unselige Erneuerung des deutschen Bundes hatten ihn gelähmt; viele der Besten hatten an der Zukunft des deutschen Namens verzweifelt. Mit unheimlichen Empfindungen habe ich oft gehört, mit wie blasphemischem Tone in eben diesem Berlin, das heute sein stolzes Kleid trägt, brave und einsichtige Männer von der Zukunft Preußens, Deutschlands gesprochen haben. Heute sind wir dieses Druckes ledig. Unser Staat ist gesundet; der Alp der österreichischen Lehns Herrlichkeit, der auf ihm lag, ist beseitigt. Heute glaubt Jeder an die Zukunft Deutschlands. Das Vertrauen, der Mut, das Streben ist in unser Volk zurückgekehrt, und die hohe Begeisterung, die aller Orten sich fund giebt, sie gilt der wiedergewonnenen Überzeugung, daß wir ein Vaterland haben.

— Das Leben, welches den Ministerpräsidenten Gr. Bismarck seit 9 Tagen nötigte, sich aller amtlichen Geschäft zu enthalten, verhindert denselben auch gegenwärtig, sich der Leitung von Staats-Angelegenheiten zu unterziehen. Der Herr Minister-Präsident ist von des Königs Majestät insbesondere auch von allen Immediat-Vorträgen dispensirt worden. Die Nachricht hiesiger Zeitungen ist daher unbegründet, daß der Herr Minister in den letzten Tagen Vortrag bei Sr. Maj. dem Könige gehabt hätte. (N. A. Z.)

— (Herrenhaus.) In der heutigen Sitzung wurde das Invaliden-Gesetz einstimmig angenommen, mit einer Resolution, welche die Erwartung ausspricht, daß der Ausdruck „im Felde“ keinen einberufenen Truppenheil von der festgestellten Wohltat ausschließe und daß die Staatsregierung nötigenfalls in dieser Beziehung dem nächsten Landtag eine Declaration des Gesetzes vorlegen werde.

— Zur Unterstützung des Amendements Michaelis erhoben sich ¾ des Hauses, so daß dasselbe große Aussicht durchzugehen hat.

— (Abgeordnetenhaus.) In der heutigen (21.) Sitzung des Abgeordnetenhauses berieb dasselbe über den Gesetz-Entwurf, betr. den Verlauf der westfälischen Eisenbahn. Es sprachen zunächst die Abg. Dr. Hammacher, Hesse, v. Kirchmann, der Handelsminister Graf Jenaplisch, Michaelis (Stettin). Abg. Hammacher und Genossen haben das Amendement gestellt, die Regierung aufzufordern, „der Landesvertretung einen Plan über die beabsichtigte Veräußerung von Staats-Eisenbahnen vorzulegen, bis dahin aber den Verkauf einzelner Eisenbahnstrecken auszuführen.“ Nach dem Abg. Michaelis sprach der Abg. Elsen, worauf die General-Diskussion geschlossen wurde und die Spezial-Diskussion beginnt. An derselben beteiligten sich die Abg. Hoffmann (Oblau), Michaelis (Stettin), Berger, der Regierungs-Kommissar v. Wolff, Abg. Dr. Becker, der Handelsminister, v. Binde (Hagen) und Harkort. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird §. 1 des Vertrages, welcher den Verkauf der Bahn feststellt, mit großer Majorität verworfen. Damit ist die betreffende Vorlage gefallen und die Spezial-Diskussion wird nicht mehr fortgesetzt. Eine Resolution des Inhalts: die Staatsregierung werde baldmöglichst die bestehenden Verträge über staatliche Verwaltung von Privatbahnen lösen und die Privatbahnen ihrer eigenen Verwaltung zurückgeben, wird zurückgezogen; ein Antrag des Abgeordneten Dr. Becker abgelehnt. — Anträge auf Beratung werden abgelehnt.

Hannover, 21. September. Die Besatzungsverhältnisse für Stadt und Land Hannover dürften, nachdem alle Truppen in ihre künftige Garnison eingerückt sein werden, eine feste Gestaltung annehmen, da, wie der „Neuen Hannoverschen Zeitung“ mitgetheilt wird, der Dislokationsplan für ganz Hannover endgültig festgestellt ist. Es wird demgemäß auch die Belegung der Städte mit Kavallerie und Artillerie noch in diesem Monat beginnen und werden die Truppen, so weit es nur irgend möglich, in die Kasernen gelegt. Hannover erhält in der Person des General v. Bismarck-Böhnen einen Kommandanten; für das General-Gouvernement, welches bei der später zu erfolgenden Organisation das General-Kommando des in Hannover dislocirten Armeekorps bilden soll, sind die für diese Behörde erforderlichen Generalstabs-Offiziere und Adjutanten ernannt.

Harburg, 21. September. Der heutige Geburtstag des Kronprinzen Ernst August ist in hiesiger Stadt nicht ohne äußere Feierlichkeiten vorübergegangen. Mit dem Morgengrauen verkündeten 4 Kanonenschläge vom Schwarzenberg herab den Tag und bald darauf wehten von mehreren Privathäusern deutsche und hannoversche Flaggen, die aber bald darauf in Folge eingegangenen Befehls des Herrn Gouverneurs durch Militärpersönlichen und Polizei beseitigt wurden. Die hannoverschen Schiffe im Hafen prangten aber bis zum Abend im Flaggenstaud. An vielen Häusern bemerkte man Blumen, Kränze und Laub, gelb und weiße Bänder und auch dergl. Gardinen, aber keine preußische Flagge. Die hier zirkulierte Gratulations-Adresse soll mit 2000 Unterschriften bedeckt gewesen sein.

Dem Vernehmen nach wird das Königl. Hauptzollamt Neuhaus a. d. O. mit dem 1. f. M. aufgehoben.

Kassel, 21. September. Das sich hier befindende kurhessische Militär war gestern Nachmittag im Exerzierhause der hiesigen Infanterie-Kaserne in großer Uniform versammelt. Dem Vernehmen nach hat die Eidesentbindung stattgefunden.

Frankfurt a. M., 21. September. Mit der gestern erfolgten Auflösung des Hauptquartiers der Main-Armee sind die verschiedenen Zubehörungen, wie Feldpost, Feldintendantur, Kriegskasse, Feldbäckeretc. von hier abgezogen und bleibt nur das, ein Mittelglied zwischen den gewöhnlichen Posten und der Feldpost bildende Feldpost-Relais noch einige Tage hier. Auch die Durchzüge

der rückkehrenden Truppen vermindern sich allmälig und werden in fünf bis sechs Tagen völlig beendet sein. In den letzten Tagen wurden den Hotelbesitzern im Russischen und Englischen Hofe von Seiten der Stadt 30,000 resp. 34,000 Gulden zur Ausgleichung der Kosten für die in diesen Gasthäusern vom 16. Juli bis 10. d. M. untergebrach gewesenen Stäbe, sonstigen Personals des Hauptquartiers &c. ausbezahlt.

— Der Gesamtbetrag der bei dem hiesigen Hülfsvereine für kranke und verwundete Krieger bis jetzt eingegangenen Gelder beläuft sich auf 26,168 Gulden, die vielen Utensilien, Lebensmittel &c. nicht gerechnet. — Der Verein wird seine Wirksamkeit mit Ende dieses Monats einzstellen. — Unsere vorgestern zu Ende gegangene, vom Wetter sehr wenig begünstigt gewesene Herbstmesse ist im Detailverkaufe doch nicht so schlecht verlaufen, als man befürchtet hatte. Die Nastage der zahlreichen hier durchmarschrenden Truppen führten manchen Käufer aus dem Kriegerstande herbei.

Ausland.

Wien, 20. September. In ungarnischen Kreisen ist man der „N. Fr. Pr.“ zufolge sehr ungehalten darüber, daß die Serben die Absicht haben, die Unterhandlungen der ungarischen Landtags-Majorität mit der Regierung dadurch zu stören, daß sie gerade in dem jetzigen Moment eine Monstrepetition „aller politisch berechtigten Serben“ an den Kaiser richten, in welcher sie sich dagegen verwahren, „daß die ungarischen Parteiführer im Namen aller Völker Ungarns mit den maßgebenden Kreisen negocieren, und zugleich den Wunsch ausdrücken, daß, wenn schon auf diesem Wege die Verhandlungen weiter geführt werden sollen, auch die Vertrauensmänner der übrigen Nationen Ungarns zur Berathung gezogen werden sollen.“

— Mit dem 20. hat die preußische Okkupation ihr Ende erreicht. Am 18. d. Ms. verließ die preußische Besatzung die böhmische Hauptstadt, wozu ein Zug mit 114 Waggons erforderlich war.

— Der ehemalige Bundes-Präsident wird den Winter in Heidelberg zubringen. Graf Bloome lehrt nicht mehr nach München zurück. Graf Karolyi scheitert ganz aus dem Staatsdienste, dem letzten Willen seines Vaters nachkommend, der in einem Testaments-Paragraphen verlangt, daß sein Sohn den diplomatischen Dienst verlassen und seine Kräfte dem ungarischen Vaterlande widmen solle. Der Graf ist einer der reichsten Kavalire und besitzt derselbe ein fast königliches Vermögen. — Feld-Marschall-Lieutenant v. Gablenz wird sich nach Graz zurückziehen.

— Die Frage der Wahl des Hinterladungsgewehrs ist bis jetzt noch immer nicht entschieden. Gegenwärtig prüft man ein von einem Pesther Professor vorgelegtes Gewehr, welches viele Vorteile vereinigen soll.

— Die österreichischen Militärbehörden haben die venetianischen Kriegsgefangenen freigelassen; sie hatten dieselben eingekerkert, weil sie behaupteten, diese Venezianer hätten den feindlichen Fahnen gedient.

Saag, 22. September. Das Budget pro 1867, das heute der zweiten Kammer vorgelegt worden, berechnet die Einnahmen auf 98,500,000 und die Ausgaben auf 97,000,000 Gulden. Die außerordentlichen Ausgaben für die Marine sind auf 3 Millionen angesetzt. Eine außergewöhnliche Staatschuldentlastung wird nicht stattfinden.

Paris, 22. September. Der Kaiser, der gestern Abend in Biarritz eintraf, bleibt ungefähr drei Wochen dort.

— Wie es heißt, sind dem vom Kaiser entworfenen Neorganisationsplane für das Heer, welchem das preußische System zum Vorbilde dient, von den technischen Autoritäten große Bedenken entgegengesetzt worden, so daß der Kaiserliche Brief wahrscheinlich gar nicht in die Öffentlichkeit gelangen würde, wenn er überhaupt geschrieben ist. Es scheint, daß der Kaiser dem Kriegsminister nur eine Reihe von Noten vorgelegt hat, worauf dieser in einer langen Denkschrift geantwortet. Marschall Randon befürwortet, wie es heißt, einfach die Verlängerung der Dienstzeit von sieben auf zehn Jahre, bei einer Präsenzzeit von sechs, statt wie bisher fünf Jahren. Ein anderes System schlägt jedoch eine Verminderung der Dienstzeit und eine stärkere jährliche Aushebung vor. In dem einem wie in dem anderen Falle würde die Reform keineswegs als eine defensive Maßregel angesehen werden können, und auch bei der Bevölkerung schwerlich Anklang finden. Das zweite System würde allerdings die Wehrpflicht allgemeiner machen, aber so lange überhaupt noch Stellvertretung zulässig wäre, in zahlreichen Schichten der Bevölkerung große Unzufriedenheit hervorrufen. Von einem gewissen gesellschaftlichen Niveau ab ist das Loskaufen jetzt allgemeine Sitte; bei einer starken Aushebung aber würde die Prämie für den Erzähmann bedeutend steigen, und es würden somit Klassen zum Dienst genötigt sein, die bisher sich frei kaufsten. Als sichere Folge der Studien über die Armee-Reform aber sieht man nach und nach die voraus, daß das ordentliche und außerordentliche Militär-Budget erhöht wird. Die neue Bewaffnung der Armee wird weit größere Summen kosten, als man Anfangs annahm. Es ist bereits die Rede von einer National-Anleihe von 500 Millionen, von welcher 200 Millionen zur Anschaffung von neuen Gewehren dienen sollen. Der Rest würde zu Festungs- und anderen öffentlichen Arbeiten verwandt werden.

— Ein Brief der „Opinion Nationale“ macht auf die strategische Unzweckmäßigkeit des französischen Eisenbahnnetzes aufmerksam, so wie auf die Unfähigkeit der französischen Genietruppen, den Eisenbahndienst zu übernehmen. Der Verfasser glaubt sogar, die Franzosen würden in einem Kriege mit Preußen eben so schlimme Erfahrungen gemacht haben, wie die Österreichischen. — Unter den Diplomaten, die sich gegenwärtig in Biarritz aufzuhalten, befindet sich auch der amerikanische Gesandte am fran-

